



Presseinformation

22.12.2011

Pressestelle

Ministerium für
Inneres und Kommunales des
Landes Nordrhein-Westfalen

Telefon 0211 871 2300/2301
Telefax 0211 871 2500

pressestelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

**Rede von Minister Ralf Jäger anlässlich der
Unterrichtung des Landtages „Aufklärung und
Bekämpfung rechtsterroristischer Straftaten“**

am 22.12.2011

in Düsseldorf

Es gilt das gesprochene Wort.



Anrede,

hier im Landtag haben wir vor fünf Wochen gemeinsam der Opfer und Angehörigen der menschenverachtenden Morde der Thüringer Terrorzelle gedacht. Wir haben beklagt, dass die Gefahr zu lange nicht erkannt wurde, dass Opfer und Angehörige durch falsche Verdächtigungen doppelt leiden mussten.

Und wir haben festgestellt: Die Angriffe haben nicht nur den Ermordeten gegolten. Sie waren auch Angriffe auf die Gesellschaft, in der wir leben wollen. Angegriffen wurden unsere Liberalität, unsere Weltoffenheit und Demokratie.

Heute möchte ich darstellen, welche Schlussfolgerungen ich als Innenminister ziehen werde. Vertrauen in die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden entsteht nur, wenn der kluge Satz des Philosophen Karl Jaspers gilt: *„Demokratie ist tolerant gegen alle Möglichkeiten, muss aber gegen Intoleranz selber intolerant werden können.“*

Die „Politische Polizei“ des Kaiserreichs und die „Geheime Staatspolizei“ der Nazis waren abschreckende Beispiele dafür, wohin die Vermischung von Polizei und Geheimdienst führen kann. Den Sicherheitsbehörden der Weimarer Republik fehlten hingegen Mittel, um Gefahren wie beispielsweise den Kapp-Putsch zu erkennen.

Für die Demokratie ist die Wehrhaftigkeit darin begründet, dass wir unsere Staatsform als Wert für unsere Gesellschaft begreifen. Eine wehrhafte Demokratie ist nicht nur eine Lehre aus unserer Geschichte, sie ist auch eine Verpflichtung gegenüber den Opfern, die wir beklagen.



Es gilt, das Übel an der Wurzel zu packen und den braunen Sumpf mit allen rechtlich möglichen Mitteln trocken zu legen.

Hierzu habe ich die wesentlichen Maßnahmen in ein nordrhein-westfälisches Acht-Punkte-Programm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und -terrorismus zusammengeführt.

[8-Punkte Landesprogramm]

1. Alle Straftaten von Rechtsextremisten in der Polizeilichen Kriminalstatistik ausweisen

Die Gefahren, die von den Straftaten rechtsextremistischer Gewalttäter ausgehen, müssen klarer erfasst werden. Straftaten rechtsextremistischer Gewalttäter dürfen statistisch nicht mehr unter den Tisch fallen. Deswegen wollen wir in NRW, dass künftig alle Straftaten von Rechtsextremisten in der Kriminalstatistik ausgewiesen werden. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um eine Volksverhetzung oder einen Ladendiebstahl handelt.

Straftaten von Rechtsextremisten müssen auch als Straftaten von Rechtsextremisten benannt werden. Hierzu werde ich mich für die Änderung der Erfassungsrichtlinien der Polizeilichen Kriminalstatistik einsetzen.

2. Einrichten eines Kompetenzzentrums gegen Rechtsextremismus im LKA NRW

Ich werde ein Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus im Landeskriminalamt NRW einrichten, das landesweit alle Informationen zum Rechtsextremismus zusammenführt und



bewertet. In herausragenden Fällen übernimmt das Kompetenzzentrum die zentrale Ermittlungsführung. In vier Polizeibehörden, in deren Bezirken Brennpunkte rechtsmotivierter Kriminalität bestehen, werden Sonderkommissionen eingerichtet. Bei diesen Behörden handelt es sich um Dortmund, Aachen, Wuppertal und Köln. Weitere Behörden prüfen das Erfordernis von Sonderkommissionen.

Zur Aufgabenbewältigung werden 35 Ermittlerinnen und Ermittler bereit gestellt.

3. **Alle Personen der rechtsextremistischen Szene konsequent aus der Anonymität herausholen**

Wir werden die Szene konsequent aufklären. Wir werden das Übel an der Wurzel packen. Mein Ziel ist es, alle Personen der rechtsextremistischen Szene konsequent aus der Anonymität zu holen.

Wir werden durch verstärkte Maßnahmen der Früherkennung und Beobachtung die Erkenntnislage über die Personen der rechten Szene verbessern und strukturiert zusammenführen. Der Schwerpunkt der Informationserhebung wird von der Organisation auf die gewaltbereiten Personen verlagert. Lassen Sie es mich so sagen: Zukünftig beobachten wir nicht nur die Kameradschaft sondern deren Kameraden.

4. **Kontrolldruck auf die rechtsextremistische Szene steigern**

Es ist mein Ziel, der rechtsextremistischen Szene möglichst keine Handlungsspielräume mehr zu lassen. Der Kontrolldruck wird



maximal gesteigert. Die Tätergruppe, kriminelle Entwicklungen und Zusammenhänge müssen klarer erkannt werden, um Täter auch frühzeitig aus dem Verkehr ziehen zu können.

Wo immer rechtsextremistische Personen auftauchen, werden wir sie in den Fokus nehmen. Wir werden bekannte Szenetreffpunkte aufsuchen. Wir werden Rechtsextremisten beobachten und kontrollieren, wann immer sich eine rechtliche Möglichkeit dazu bietet. Wir werden Begleit- und Kontaktpersonen identifizieren und frühzeitig auf die Gefahren ihres Handelns ansprechen.

5. **Ermittlungsdruck auf rechtsextremistische Straftäter erhöhen**

Wir werden Straftaten von Tätern der rechten Szene mit allen rechtlichen Mitteln verfolgen. Dazu wird der Ermittlungsdruck maximal erhöht. Die konsequente Verfolgung wird sich nicht nur auf Politisch motivierte Kriminalität beschränken sondern gilt auch für alle sonstigen Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die durch Rechtsextremisten begangen werden. Gewaltbereite Rechtsextremisten werden identifiziert und alle von ihnen begangenen Straftaten täterorientiert durch den Polizeilichen Staatsschutz bearbeitet. Bei allen nordrhein-westfälischen Staatsanwaltschaften sind Sonderdezernate zur Verfolgung politischer Straftaten eingerichtet. Bei den Landgerichten in Dortmund, Düsseldorf und Köln gibt es Spezialkammern, die für den jeweiligen Oberlandesgerichtsbezirk für Staatsschutzdelikte zuständig sind.

Spiegelbildlich zu diesen Staatsschutzkammern sind bei den Staatsanwaltschaften in Dortmund, Düsseldorf und Köln



Sonderabteilungen eingerichtet, in denen – wie auch in den Sonderdezernaten der übrigen Staatsanwaltschaften – besonders erfahrene Staatsanwältinnen und Staatsanwälte tätig sind. Ich appelliere an die Bürgerinnen und Bürger, die Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung des rechten Extremismus und Terrorismus zu unterstützen.

Teilen Sie der Polizei Ihre Erkenntnisse mit und wählen Sie die 110, wenn Sie sich selbst oder eine andere Person in Not befinden.

6. Keine legalen Waffen für Rechtsextremisten

Wir wollen nicht, dass rechtsextremistische Personen auf legale Weise in den Besitz von Schusswaffen kommen können. Dazu muss das Waffenrecht wirksamer werden. Rechtsextremisten und gewaltgeneigte Personen müssen konsequent von legalem Schusswaffenbesitz ausgeschlossen werden. Hierfür benötigen die Waffenbehörden bei der Prüfung der waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfung die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes. Nordrhein-Westfalen wird im Bundesrat eine Änderung des Waffengesetzes beantragen, die die regelmäßige Einbeziehung der Erkenntnisse des Verfassungsschutzes in die waffenrechtliche Zuverlässigkeitsüberprüfung und die Verpflichtung für Verfassungsschutz und Polizei zur unmittelbaren Mitteilung relevanter Erkenntnisse an die Waffenbehörden umfassen wird. Darüber hinaus will ich alle Möglichkeiten nutzen, Rechtsextremisten legale Waffen zu entziehen.



7. Präventiver Maßnahmen verstärken

Wir werden präventive Maßnahmen verstärken.

Eine wehrhafte Demokratie darf - bildlich gesprochen - nicht nur das Feuer bekämpfen, sondern muss bereits den Versuch der Brandlegung verhindern. Deshalb gehört die Verstärkung der Präventionsangebote zu einem weiteren wichtigen Baustein des Acht-Punkte-Programms. Wir werden durch verstärkte Prävention frühzeitig dafür sorgen, dass insbesondere Kinder und Jugendliche nicht in die rechte Szene abgleiten. Dazu gehört unser Bildungsangebot zum Thema Rechtsextremismus für Lehrkräfte und die pädagogische Ausbildung, Aufklärungsangebote für Jugendinitiativen, Kirchen, Sportvereine oder für Beschäftigte in Justizvollzugsanstalten sowie Vernetzungsangebote für Kommunen, die wir gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung anbieten. Die Polizei wird sich noch intensiver um Opfer und deren Angehörigen kümmern.

8. Verstärkung des Aussteigerprogramms

Die Angebote zum Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene werden nochmals intensiviert. Dazu wird das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten ausgeweitet und die Zahl der Aussteigerbetreuer verstärkt. Die Anzahl der 120 bisher im Aussteigerprogramm betreuten Personen soll durch aktive Ansprachen nochmals erhöht werden. Mussten sich bisher Ausstiegswillige selber an die Hotline des Landes Nordrhein-Westfalen oder aber an die Polizeidienststellen wenden, so sollen



Rechtsextremisten zukünftig aktiv durch Aussteigerbetreuer angesprochen werden. Über das Internet und soziale Netzwerke wie Facebook soll aktiv für das Aussteigeprogramm geworben werden.

[Bundesweite Maßnahmen]

Neben diesem nordrhein-westfälischen Acht-Punkte-Programm gegen Rechts werden wir aber auch auf Bundesebene konzertierte Maßnahmen einleiten, um dem Rechtsextremismus nachhaltig zu bekämpfen. Hierzu werden wir auf die bewährten Strukturen und Konzepte der Zusammenarbeit der Länder und des Bundes im Bereich des Islamistischen Terrorismus zurückgreifen.

Auf der vergangenen Innenministerkonferenz habe ich mit meinen Länderkollegen den Konsens erzielt, zur Intensivierung des Informationsaustauschs und Stärkung der Analysefähigkeit ein **Gemeinsames Abwehrzentrum Rechtsextremismus** einzurichten. Ab sofort werden dort alle Informationen zur rechtsextremistischen Szene strukturiert und unmittelbar ausgetauscht. Das Zentrum hat bereits letzte Woche seine Arbeit aufgenommen.

Das Landeskriminalamt NRW und der Verfassungsschutz NRW wirken darin durch ihre Verbindungsbeamten ständig mit. Zugleich haben wir eine **verstärkte Internetbeobachtung** in einem entsprechenden Zentrum beschlossen. Rechtsextremistische Seiten und Inhalte im Netz werden nun durchgehend beobachtet und aufgeklärt. Mit Streifengängen im Internet sollen Radikalisierungen frühzeitig erkannt und inkriminierte Inhalte zeitnah strafrechtlich verfolgt werden.



Wesentliches Element der bundesweiten Strategie ist die Intensivierung des Informationsaustausches. Hierzu hat sich die Innenministerkonferenz dafür ausgesprochen, eine **gemeinsame Plattform für Polizei und Verfassungsschutz** der Länder und des Bundes einzurichten. Hier sollen alle Informationen zu rechtsextremistischen Personen, Institutionen, Organisationen und Strukturen zusammengefasst werden und für alle zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus wird sichergestellt, dass polizeiliche Personenanfragen zukünftig mit dem Gesamtdatenbestand der Verfassungsschutzbehörden abgeglichen werden können. Genauso konsequent wie die Bundesanwaltschaft nun gegen die vorgeht, die Terroristen Unterschlupf gewährten, müssen wir jetzt auch gegen Terror-Unterschlupf im Internet vorgehen. Es gilt auch hier, Netzwerke zukünftig besser erkennen zu können.

Anrede,

Rechtsterrorismus ist eine ernste Bedrohung. Auch wenn wir in Nordrhein-Westfalen bislang keine Erkenntnisse über rechtsterroristische Bestrebungen haben, sind wir durch die Anschläge in Köln und Dortmund unmittelbar betroffen. Hierauf haben wir reagiert. Mit dem Acht-Punkte-Programm stellen wir Weichen dafür, dass rechtsextremistische Radikalisierungsverläufe nicht auch in Nordrhein-Westfalen in Rechtsterrorismus münden.

Es ist aber zu Recht darauf verwiesen worden, dass man mit dem Ruf nach dem Aufstand der Anständigen nicht den Anstand der Zuständigen



verdecken darf. Sicherheitsbehörden alleine werden nicht erfolgreich sein können.

Das Entstehen von Extremismus hat immer auch etwas mit dem Zustand zivilgesellschaftlicher Strukturen zu tun. Wir müssen auch die geistige Auseinandersetzung in der Mitte der Gesellschaft gewinnen.

Rechtes Denken hat umso weniger Erfolg, je weniger Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile zugelassen, ignoriert oder verdrängt werden. In unserer immer schneller getakteten Zeit gibt es Menschen, die Angst haben nicht mehr mitzukommen, die sie sich überfordert fühlen, die biografische Brüche zu verkraften haben und die sich in der Konkurrenz unterlegen sehen. So entsteht die Sehnsucht nach einfachen Antworten.

Die zu einfachen Antworten, die von Rechts gegeben werden, sind eine große Gefahr, weil sie das Gefühl ansprechen und nicht das Wissen. Eine Politik, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht aus dem Auge verliert ist daher zwingend, um Menschen individuell ein Mindestmaß an sozialer und kultureller Sicherheit zu geben. Wir brauchen dazu viele: in Kommunen, in Vereinen, in den Kirchen, in Schulen, als Nachbarn, als Kollegen und, und, und. Hier ist die ganze Gesellschaft gefordert.

Der Kampf gegen Rechts kann nicht alleine mit Polizei und Verfassungsschutz gelingen.

Ich bin sicher: Neben Bildung ist das Verhindern von sozialer und kultureller Verwahrlosung vor Ort, die beste Präventionsstrategie gegen Rechts. Und gemeinsam können wir das schaffen.